

Einhalt dem rechten Mob!

„Querdenken“: „Eine neue Dimension des Hasses“, FR-Tagesthema vom 25.1.

Mit immer mehr Wut im Bauch lese ich Ihre Berichte zum Thema des Tages. Wo bleibt die Mehrheit unserer Gesellschaft, die endlich diesem rechten Mob Einhalt bietet? Dieses Ausnutzen unseres Demokratieverständnisses mit allen negativen Auswirkungen muss konsequent unterbunden und Fehlverhalten geahndet werden.

Übrigens: Die Angst, dass Pflegepersonal, das sich gegen die Impfung ausspricht, den Beruf verlässt, ist meiner Ansicht unbegründet. Jede verantwortungsvolle Pflegekraft hat den Schutz ihrer anvertrauten Patienten zu gewährleisten. Für diese impfunwilligen Pflegekräfte bietet sich eine Alternative: ein eigener Pflegedienst für covid-erkrankte Impfgegner. Gleich und gleich gesellt sich doch gern. Ich frage jetzt immer nach, ob medizinisches Personal geimpft ist, nur dann lass ich mich behandeln. Carmen Horstmann via FR-Blog

Gemeinsame Lösungen

Entwicklungspolitik: „Es fehlt eine Idee“, FR-Wirtschaft vom 13. Januar

In der heutigen Entwicklungspolitik fehlt eine visionäre Stimme wie die von Willy Brandt, für den Entwicklungspolitik Friedenspolitik war, da er den globalen Frieden durch Wirtschaftskrisen, Hungerkatastrophen und ökologische Zerstörungen bedroht sah. Daher versuchte er, seine Politik der Entspannung aus dem Ost-West-Konflikt des Kalten Krieges auf den Konflikt zwischen globalem Norden und globalem Süden zu übertragen. Er sagte in seiner Eröffnungsrede zur konstituierenden Sitzung der von ihm gegründeten Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen am 9.12.1977, die Ostpolitik habe gezeigt, dass es möglich sei, „den Charakter eines Konflikts zu ändern und in einem solchen Konflikt diejenigen Elemente eines gegenseitigen Interesses festzustellen, die beiderseitig vertretbare gemeinsame Lösungen hervorbringen können“. Thomas Tews, Frankfurt

Eigentor der Koalition

Hessen: „Unikliniken bleiben zu 95 Prozent privat“, FR-Regional vom 20.1.

Das privatisierte, dem Asklepios-Konzern zugehörige Universitätsklinikum Gießen-Marburg wird in den nächsten zehn Jahren mit rund 500 (in Worten: fünfhundert) Millionen Euro von der hessischen Landesregierung unterstützt. Ja, Eigentümer kann sie, die schwarz-grüne Koalition in Hessen. Fritz Brehm, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20220124

FR ERLEBEN

Pitt von Bebenburg spricht mit Reem Alabali-Radovan, der neuen Migrationsbeauftragten der Bundesregierung, und moderiert anschließend eine Diskussion über die deutsche Migrations- und Integrationspolitik mit Bundestagsabgeordneten verschiedener Fraktionen. Eine Veranstaltung im Rahmen der Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche des Jahres 2022. Informationen und Anmeldung: interkulturellewoche.de/Tagung2022
Samstag, 12. Februar, 9.15 Uhr

Russlands Recht auf Mitsprache in Europa

Zu: „Grenzgänger Putin“ und „Kriegsgefahr nicht gebannt“, FR-Titel vom 25. Januar und FR-Politik vom 21. Januar

Wo bleiben die alternativen Ansätze?

Das in der FR vom 25.1. aufgemachte Titelbild „Grenzgänger Putin“ reiht sich ein in die Berichterstattung zum Konflikt an der russisch-ukrainischen Grenze. Nach „Kommt Russlands Angriff?“ und „Die Kriegsangst kommt in Wellen“ folgt fast in logischer Konsequenz ein Psychogramm des vermeintlichen Aggressors. Wie gut stünde es der FR an, die Leserschaft im besten Sinne einer auf Frieden und Entspannung orientierten Darstellung des Konflikts zu informieren! Also, was hindert die Redaktion daran, mindestens im gleichen Umfang über alternative, auf Konfrontation verzichtende Ansätze zu berichten? Wo bleibt der Platz für Beiträge von Adelheid Bahr oder Matthias Platzeck? Oder wie wäre es mit einem Interview mit Klaus von Dohnanyi, dessen Buch „Nationale Interessen“ gerade erschienen ist? Roland Neuhaus, Kiel

Verhandlungen sind die einzige Lösung

Endlich mal ein Artikel, der den geostrategischen Umständen Rechnung trägt, der anmahnt, die Dinge mal mit der Brille des anderen zu betrachten, in der europäischen Sicherheitspolitik ein Mitspracherecht Russlands zu akzeptieren. Das meinte auch der Vizeadmiral Schönbach, der mutig genug war, dies auch zu sagen. Und er hatte Recht.

Dass Russland ein Interesse an Mitsprache in Europa hat und sich als Teil Europas begreift, äußerte Putin in einer bewegenden Rede im Bundestag 2001. Seine Visionen verhallen, blieben unbeachtet, weil Deutschlands auf die USA fokussiert war: im Krieg

gegen Jugoslawien und Afghanistan. Der Befreiungsschlag kam erst 2003 mit der Verweigerung, am Krieg gegen Irak teilzunehmen, der ja, wie heute bekannt ist, auf Lügen aufgebaut war.

Verhandlungen sind die einzige Lösung. Nicht das Säbelraseln und die ständige Behauptung der Bedrohung der Ukraine, was auf Seite 2 leider einseitig suggeriert wird. Folgte man den Ausführungen des Sicherheitsforschers Prof. Varwick, hätte auf S.2 auch eine Karte abgebildet werden müssen, die zeigt, dass sich Russland durch die Umzingelung durch die Nato-Staaten bedroht fühlt.

Edeltraud Schnegelsberg, Darmstadt

Es gab mehrere Warnungen von russischer Seite

Erneut sieht Stefan Scholl „den großen Waffengang“ bevorstehen. In der Tat ist der russische Truppenaufmarsch, wie im übri- gen jedes Manöver egal welcher Seite, eine Drohung, eine Kriegsvorbereitung, eine Demonstration von Stärke und militärischer Macht und insofern zu verurteilen.

Nachdem im Westen, begleitet durch eine meist sehr uniforme Art medialer Mobilmachung, der Eindruck vermittelt wird, es stehe ein Einmarsch und damit eventuell ein großer Krieg bevor, setzt nach Boykotten und jahrelanger Sprachlosigkeit eine beinahe hektische Diplomatie ein. Dagegen ist natürlich rein gar nichts einzuwenden, bloß: Warum nicht schon viel früher? Schließlich gab es von russischer Seite genug Warnungen, seit die absprachewidrige Nato-Osterweiterung in den späteren 90er Jahren begann; erst zaghaft (Putin 2001 vor dem Bundestag), später eindringlicher, z.B. bei der Mün-

chener Sicherheitskonferenz 2007. Leider gab es nun selbst in der FR nur wenige besonnene Stimmen.

Eine Ausnahme war das Interview mit dem beileibe nicht linken Politologen Herfried Münkler (19.12.21). Nimmt man seine Aussage zum Maßstab, eine kluge Außenpolitik werde immer darauf achten, die Lage auch mit den Augen des Gegners zu sehen, dann ist die augenblickliche, diplomatische Offensive des Westens zum Scheitern verurteilt. Diese ist nämlich ungeachtet der Brisanz der Lage weiterhin von unglaublicher Arroganz geprägt. Demnach sind Manöver direkt vor der russischen Grenze („Defender“) mit bis zu 30 000 Nato-Soldaten und allen Waffengattungen selbstverständlich als eine Art Friedensoffensive zu verstehen, von der Gegenseite formulierte Sicherheitsinteressen dürfen natürlich ignoriert werden, während im eigenen Interesse munter interveniert oder *regime change* betrieben werden darf.

Vielleicht ist der bedrohliche Aufmarsch russischer Truppen „nur“ das größte aufzubringende Stoppschild, um endlich zu ernsthaften Verhandlungen mit gegenseitigen Zugeständnissen zu kommen. Vielleicht hat Putin auch mehr im Sinn; ich hoffe nicht! Aber auch wenn er einer jener zahlreichen Unsympathen dieser Welt ist: Der Westen sollte endlich einsehen, dass er sich trotz aller (noch) vorhandenen wirtschaftlichen und militärischen Macht die Welt nicht nach seiner Fassung stricken, erpressen oder zurechtintervenieren kann; schon gar nicht unter dem Banner der Menschenrechte, die er täglich, u.a. an seinen Grenzen, selbst mit Füßen tritt. Bernd Bremen, Aachen

Diskussion: frblog.de/heusgen

Die Reue der Außenministerin

Madeleine Albright: „Manches dauert einfach viel zu lang“, FR-Fuilleton vom 22.1.

Um den Preis unzähliger Kinderleben

Die Erinnerung an Madeleine Albright, die vor 25 Jahren erste US-Außenministerin wurde, scheint mir einer Ergänzung würdig. Der UN-Sicherheitsrat hatte von 1990 bis 2003 ein totales Wirtschaftsembargo gegen den Irak verhängt. Die Auswirkungen auf das irakische Volk waren verheerend. In einem längeren Artikel der Tageszeitung „Welt“ vom September 2010 beschreibt der CNN-Reporter Michael Holmes unter der Überschrift „Der vergessene Krieg gegen Iraks Zivilbevölkerung“ die fürchterlichen Folgen: Richard Garfield, Professor für öffentliches Gesundheitswesen an der Columbia University, gelangte in seinen Untersuchungen zu dem Schluss, dass die Zunahme der Kindersterblichkeit zwischen 1991 und 2002 zum Tod von 345 000 bis 530 000 irakischen Kindern geführt habe. Tim Dyon, Professor für Bevölkerungswissenschaften an der London

School of Economics schätzt in einer Studie von 2006, dass zwischen 1990 und 2003 etwa 660 000 bis 880 000 irakische Kinder unter fünf Jahren aufgrund des Zusammenbruchs der irakischen Ökonomie gestorben seien.

Bevor Albright 1997 Außenministerin wurde, war sie von 1993 bis 1996 UN-Botschafterin der USA. In einer TV-Sendung von CBS News wurde sie am 12. Mai 1996 gefragt: „Wir haben gehört, dass eine halbe Million Kinder gestorben sind (wegen der Sanktionen gegen den Irak). Mehr Kinder, als in Hiroshima umkamen. Und – sagen Sie, ist es den Preis wert?“ Albright: „Ich glaube, das ist eine sehr schwere Entscheidung, aber der Preis – wir glauben, es ist den Preis wert.“ In einem späteren Interview von „Euronews“ mit dieser Aussage konfrontiert, meinte sie u.a., dass dies das Dummste war, was sie jemals gesagt habe, sie habe sich dafür entschuldigt und sie bereue, dass sie das gesagt habe.

Sie bereut also, dass sie das gesagt hatte, aber offensichtlich nicht die tödlichen Auswirkungen dieser Sanktionen. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet wirkt es schon etwas befremdlich, wenn es ein Fortschritt sein soll, dass „die 64. Person auf dem Posten (der Außenministerin) endlich eine Frau war.“

Manfred Heinzmann, Mörfelden-Walldorf

Kein Ruhmesblatt für Frau Albright

Arno Widmann verweist auf Albrights „harte Haltung gegenüber dem serbischen Hegemoniestreben“. Dahinter verbirgt sich der Kosovo-Krieg, der erste Krieg, an dem Deutschland auf Albrights Drängen aktiv beteiligt war. Die OSZE war dabei, eine Verhandlungslösung auszuarbeiten, aber Albright wollte ihren Krieg, der dann auch von Eingeweihten „Madeleine’s War“ genannt wurde. Für die erste Außenministerin der USA kein Ruhmesblatt! Ingeborg Gerlach, Braunschweig